

170 Jahre Revolution von 1848/49

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben uns heute hier versammelt, um an ein besonderes Ereignis zu erinnern, das nun 170 Jahre zurückliegt. Am 18. März 1848 begann in Berlin eine Bürgerliche Revolution, die den Grundstein für unsere heutige demokratische Ordnung lieferte. Bundespräsident Roman Herzog betonte in seiner heute vor 20 Jahren gehaltenen Festrede (Zitat): *„Das Jahr 1848 war nicht nur der bleibende Anfang der deutschen Demokratiegeschichte - es war auch eine entscheidende Wendemarke auf dem Weg zum modernen, demokratischen Europa. Denn anders als 1789 war 1848 das Jahr einer wirklich europäischen Bewegung. An vielen Orten und in vielen Sprachen erscholl damals der Ruf nach Partizipation, nach Grundrechten, nach Freiheit. Es wehte der Wind eines Wandels, der die Völker Europas nicht nur veränderte, sondern auch auf neue Weise miteinander verband. (...) Das Zusammentreten des ersten, freigewählten deutschen Parlamentes vor 150 Jahren ist ein Moment in unserer oft so schwierigen Geschichte, auf den wir uns ohne Einschränkung berufen können, auch wenn wir heute über die Zukunft von Staat und Demokratie nachdenken. (...) 1848 gibt uns das Recht, mit Selbstbewußtsein zu sagen: Die demokratische Idee, die Ideen der Freiheit, der Menschen- und Bürgerrechte sind auch ein Teil der deutschen Tradition - auch wenn sie sich erst später wirklich durchgesetzt haben.“*

Einer, der zu den Pionieren dieser Bewegung gehört, stammt aus unserer Stadt. Dabei handelt es sich um Carl Friedrich Grabow, der wohl zu den bekanntesten Persönlichkeiten unseres Gemeinwesens zählt. An Grabow, der auch überregional Bedeutung erlangte, erinnern heute Straßennamen in Prenzlau und Eberswalde, eine Prenzlauer Schule, die seinen Namen trägt und ein von Prenzlauer Bürgern finanziertes und 1875 errichtetes Denkmal im Stadtpark, vor dem wir uns heute versammelt haben, um an die Märzgefallenen und die Protagonisten der Bürgerlichen Revolution zu erinnern.

Die politische Karriere Grabows begann, als ihn die Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung am 13. November 1837, einen Monat nach dem Tode des Oberbürgermeisters Busch, zum neuen Bürgermeister wählte. Im Rahmen dieser Tätigkeit nahm er von 1841 bis 1847 auch an den Kreis- und Provinziallandtagen teil, wo er sich in der kommunalpolitischen Arbeit entsprechend profilieren konnte. Von 1847 bis 1848 gehörte er als Mitglied der zweiten Kurie des preußischen Vereinigten Landtages zu den 138 Mitgliedern der sogenannten Linken, die sich für eine konstitutionelle Monarchie einsetzten. So erinnerte Grabow im Mai 1847 an das von Preußen auf dem Wiener Kongress gegebene Verfassungsversprechen und einen Kabinettsbefehl aus dem Jahre 1817, der die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassung vorsah. Auch innerhalb der

Kommunalpolitik sorgte Grabow für frischen Wind. So wurden seit August 1846 Tagesordnung und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung in der Lokalpresse publiziert. Ein Jahr später fand in Prenzlau am 15.10., dem Geburtstag Friedrich Wilhelms IV., die erste öffentliche Sitzung einer Stadtverordnetenversammlung in Preußen statt, zu der man den Rathaussaal für ca. 100 Personen umbaute. Die anderen Städte der Uckermark folgten diesem Beispiel nur schrittweise. Selbst in Berlin gab es die erste öffentliche Stadtverordnetenversammlung erst am 09.11.1847.

Die freisinnige Haltung Grabows und sein wiederholter Protest gegen die restriktiven Maßnahmen der Regierung führten dazu, dass ihm der König im April 1849 die Genehmigung seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Magdeburg und die nach Ablauf der Amtszeit auf ihn, diesmal für Lebenszeit, gefallene Wiederwahl zum Oberbürgermeister von Prenzlau versagte. Als ihn dann die Stadt Prenzlau abermals auf zwölf Jahre wählte, ließ die Bestätigung 9 Monate auf sich warten.

Im Februar 1848 brach in Paris eine Bürgerliche Revolution aus, die bald weite Teile Europas erfasste. Einen ersten tragischen Höhepunkt der Ereignisse in Preußen brachte der 18. März, als preußisches Militär – heute vor 170 Jahren - auf eine Volksmenge schoss.

Auch in Prenzlau war die Lage in jenen Märztagen äußerst gespannt. Arbeitslosigkeit und Missmut waren größer als je zuvor. Die Zahl der in die Prenzlauer Landarmenanstalt Eingelieferten, die ein besonderes Unruhepotential darstellten, war im Jahre 1848 sprunghaft auf 917 Personen angestiegen. Nachdem es in Prenzlau am 24. März zu tumultartigen Auseinandersetzungen kam, die von der Bürgerwehr unterdrückt werden mussten, verhängte der Magistrat ein Ausgehverbot für die Abendstunden.

Die Bürgerwehr patrouillierte mit Seitengewehren bewaffnet und weißen Armbinden ausgerüstet durch Prenzlauer Straßen. Schützenvereinsmitglieder hatten sich mit ihren Waffen am Rathaus zu versammeln. Die Angst vor einer weiteren Radikalisierung der Revolution war offenbar auch in mittelgroßen Provinzstädten, zu denen damals Prenzlau mit seinen knapp 13 000 Einwohnern zählte, vorhanden. Immerhin durfte die zunächst verbotene Kokarde mit den Farben der Revolution schwarz-rot-gold jetzt offiziell getragen werden, da sie ja inzwischen auch der König trug.

Nur wenige Tage später schrieben die Prenzlauer Bürger einen offenen Brief an die Regierung, der auch die Unterschrift von Grabow trägt. Hierin heißt es u.a.:

„Die unterzeichneten Bewohner der Uckermark fühlen sich als Preußen und als Deutsche berufen und verpflichtet, folgendes zu erklären:

Sie danken seiner Majestät dem Könige innig und aufrichtig für die in den Erklärungen vom 18. und 19. des Monats seinem Volke gemachten Verheißungen. Sie werden fortan festhalten an dem wahren konstitutionellen Königtum, (...), an der Preßfreiheit und an der allgemeinen deutschen Bundesrepräsentation und betrachten dies alles als unveräußerliche und ihnen fortan nicht wieder

zu entziehende Errungenschaften der vergangenen Zeiten. Sie werden aber ebensowohl ihr Gut und Blut dafür hingeben, dass (...) jetzt Ruhe und Ordnung erhalten und das konstitutionelle Königtum in aller Weise gestärkt werde; namentlich erwarten sie, dass der in Kurzem zusammentretende vereinigte Landtag nur das ihm vorzulegende Wahlgesetz und zwar frei von jedem äußeren Einflusse berate.

Prenzlau, den 28. März 1848“

Grabow wurde für Prenzlau zu einer wichtigen Integrationsfigur der politischen Tätigkeit, um die man selbst in der Hauptstadt beneidet wurde. In den Berichten der Regionalpresse wird deutlich, dass ihm uneingeschränktes Vertrauen entgegengebracht wurde. Er war das politische Gewissen der Stadt und zeigte den Bürgern einen mit Anstand gangbaren Mittelweg zwischen „Reaktion“ und „Anarchie“.

Durch seine juristischen Erfahrungen und sein bestimmtes Auftreten erwarb sich Grabow großes Vertrauen und Respekt. In der „Neuen Deutschen Biographie“ von 1964 wird er als einer der „hervorragendsten Vertreter der freisinnigen Partei“ im preußischen Vereinigten Landtag beschrieben, der „als geschickter Partner in der Verhandlung und als glänzender Redner“ galt. So trug er maßgeblichen Anteil an der Abfassung des Wahlgesetzes, das durch die Märzereignisse erzwungen wurde.

Am 1. Mai 1848 fanden die Urwahlen statt, bei denen die Wahlmänner gewählt wurden. Wahlberechtigt waren nur Männer ab 24 Jahren, die im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Ehrenrechte waren. Eine Woche später wählten die Wahlmänner kreisweise ihre Abgeordneten. Für den Kreis Prenzlau zogen so Carl Friedrich Grabow und Friedrich Wilhelm Kalbersberg in die am 22. Mai eröffnete preußische Nationalversammlung ein, in der die links gerichtete Mitte und die Linke eine deutliche Überlegenheit gegenüber den Royalisten besaßen. Nachdem die ersten beiden Präsidenten der Nationalversammlung an den inneren Konflikten und Spannungen scheiterten, wurde Grabow am 27. Juni 1848 mit 238 von 383 Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. Dieses Wahlergebnis hat auch der Schriftsteller Adolf Stahr in seinem Werk „Die preußische Revolution“ ausdrücklich begrüßt. Als Vertreter der Altkonstitutionellen des rechten Zentrums zeigte sich Grabow der Situation gewachsen. Mit unbeugsamer Energie und Scharfsinn verband er Takt und Umsicht, wodurch er sich auch bei seinen politischen Gegnern Ansehen verschaffte. Deshalb wurde er von Juni bis Oktober monatlich als Präsident wiedergewählt. Am 15. Oktober 1848, dem Geburtstag Friedrich Wilhelms IV., begab sich Grabow in seiner Funktion als Präsident der preußischen Nationalversammlung mit einer Abordnung in das Königsschloss, um Glückwünsche zu übermitteln. Er hatte dem König dabei die Versicherung ausgesprochen, dass die neuen Einrichtungen, welche die Versammlung beraten, die Bande zwischen Dynastie und Volk noch fester knüpfen würden. Darauf hatte der König erwidert: *„Vergessen Sie nicht, daß Wir etwas anderes haben: Eine Macht, die man dort nicht mehr zu kennen scheint, eine angestammte*

Obrigkeit von Gottes Gnaden!“ Sich insbesondere an Grabow wendend rief der König: *„Halten Sie Ihren Kopf oben! Ich habe noch einen starken Arm!“* Erst nachdem es Ende Oktober aufgrund der revolutionären Entwicklung zu ernsthaften Tumulten in der Nationalversammlung kam und die Versammlung einen von ihm über den Kaplan Berg verhängten Ordnungsruf nicht billigte, legte Grabow den Vorsitz und wenig später auch sein Mandat nieder. Am 10. November wurde über Berlin der Belagerungszustand verhängt. Mit einer Petition versuchten eine Woche später 187 Prenzlauer Bürger und Landleute der näheren Umgebung, den Ausmarsch von 802 Landwehrleuten nach Spandau zu verhindern. Das Landwehrbataillon dürfe Prenzlau nicht verlassen, um gegen die Bürger des Staates, verwendet zu werden, die sich für die Nationalversammlung einsetzten.

Unmittelbar zuvor war die preußische Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt worden, wo sie schließlich am 5. Dezember für aufgelöst erklärt wurde. Gegen die zugleich vom König oktroyierte Verfassung erhob Grabow von Prenzlau aus scharfen Protest.

Er bezeichnete den einseitigen Erlass eines Wahlgesetzes als Verfassungsbruch. Trotzdem zögerte er nicht, seine Wahl in die zweite Kammer des Landtages anzunehmen, woraufhin es in Prenzlau am 21. Februar zu einer großen Sympatiekundgebung für Grabow kam. Dreihundert Fackelträger und „Tausende“ Begleiter zogen durch die Mühlen- und Klosterstraße zum Wohnhaus des Oberbürgermeisters, wo Grabow eine längere Rede hielt. Im Februar und März 1849 hatte man ihn mit jeweils 171 von 330 Stimmen dann auch zum Präsidenten der zweiten Kammer gewählt. Im Vorfeld dieser Wahl zeigte sich der amtierende Landrat des Kreises Prenzlau, von Stülpnagel-Dargitz, in einem Brief an die Regierung jedoch besorgt über den Ausgang der Wahlmännerwahl in Prenzlau, wo es der radikalen Partei gelungen sei, viele Wahlmänner aufzustellen und selbst Grabow nur mit der Majorität von einer Stimme zum Wahlmann in seinem Bezirk gelangte. Doch auch die überwiegend monarchisch-konstitutionell ausgerichtete Kammer wurde, nachdem sie die Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes verlangte, schon am 27. April 1849 wieder aufgelöst. Dagegen und über die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes erhob Grabow abermals Protest. Der sich am 3. März 1849 formierende „Uckermärkische Volksverein“ hatte sich inzwischen mit Nachdruck für die Wiedereinführung des allgemeinen Wahlrechts eingesetzt. Auch Grabows Worte gewinnen in dieser Zeit an Schärfe. So berichtet er in einem Brief an die Redaktion der Nationalzeitung von einer öffentlichen Trauerfeier für die Märzgefallenen des Jahres 1848. *„Prenzlau wackere Bewohner werden nun wohl den 18. März in jedem Jahre ernst und würdig zu feiern wissen, weil dieser Tag als Markstein der Neuzeit für Preußens Geschichte immerhin fest und unverrückt stehen bleibt. Bis jetzt ist dem deutschen Charakter die Revolution etwas Fremdartiges gewesen, weil seiner gesunden starken Natur mehr die allmähliche Entwicklung zusagte; doch fürchten wir, daß durch eine falsche Behandlungsweise selbst dem ernsteren und langsameren Norddeutschen das Prinzip der Revolution eingepflanzt werden könnte und zwar gerade von Seiten derer, welche vor Revolutionen den meisten Respekt haben. Der deutsche Michel ist vielfach*

gehänselt worden; aber eben weil für den Deutschen Alles sein Maß findet, darum läßt er zuletzt nicht mit sich spaßen. Werden unsere Staatsmänner bald die Menschennatur speziell die deutsche kennen und begreifen lernen?! Wir meinen: es sei hoch an der Zeit, zumal beim Übergange in ein anderes Stadium der Geschichte, bei welchem die Völker ebenso reizbar und zu Entzündungen geneigt zu sein pflegen, wie die Individuen. Gebe der Himmel, daß wir das nicht erfahren und erleben müssen; das Drama der deutschen Geschichte könnte doch allzu tragische Richtung nehmen, zumeist unter den obwaltenden sozialen Mißverhältnissen. Noch ist's vielleicht Zeit, wenn nicht viel hin und her geredet, sondern klar und entschieden, gerade und männiglich gehandelt wird. Heut schien hier nach dem gestrigen trüb umflorten Himmel die Sonne gar hell und warm auf uns herab. Bräche ein solcher Tag doch bald für Preußen und Deutschland herein!“ Landrat von Stülpnagel-Dargitz zeigte für diese poetischen Worte jedoch gar kein Verständnis. In einem Bericht vom 12. Juni formulierte er: *„Mit Leidwesen muß ich es bekennen, dieser Mann, den ich früher für gut und edel politisch gehalten habe, ist jetzt völlig der demokratischen Partei verfallen und hat sich nicht zurückhalten können, in der Stadtverordnetenversammlung das Wahlgesetz öffentlich zu tadeln und zu erklären, daß die Regierung dabei im Unrechte sei.“*

Die Deutsche Nationalversammlung, die noch bis Juni 1849 tagte, hatte Friedrich Wilhelm IV. am 3. April die Kaiserkrone angeboten. Der König, der sich als König von Gottes Gnaden sah, lehnte diese jedoch ab, da an ihr noch der Ludergeruch der Revolution haften würde.

Die Bürgerliche Revolution, die von preußischen Interventionstruppen niedergeschlagen wurde, endete im Sommer 1849 mit der Niederlage der Aufständischen in Baden und der Kapitulation der Festung Rastatt. Der Prenzlauer Adolf Stahr vermerkte in seinen Erinnerungen rückblickend auf die Revolution, dass kein Volk mehr darauf vorbereitet war, „seine Freiheit als Gnadengeschenk eines Fürsten hinzunehmen“. Kein Volk habe die Revolution weniger gewollt, als das preußische. Erst der monarchische Hochmut habe zu Handlungen gezwungen, „die man von Herzen verabscheute“.

Heute genießen wir die Vorzüge unserer demokratischen Grundordnung, die uns wie selbstverständlich erscheinen. Doch diese Selbstverständlichkeit ist nicht gegeben, wie uns die Geschichte lehrt. Deshalb sollten wir - auch in Anbetracht der aktuellen Bedrohungen - die Zeichen der Zeit erkennen und geschlossen für die Werte kämpfen, für die vor 170 Jahren die Grundlagen gelegt wurden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!